Nummer 239 — Halle, Sonntag, den 11 Oktober 1925 — 60. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 1.60 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 40 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Inseraten-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark. Für Anzeigen, die im gleichen Vortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Ermäßigung. Verlagshaus, Neue Promenade 1a u. 4a, Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7451. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Aus Anlaß des 78. Geburtstages des Reichspräsidenten v. Hindenburg, überreichte am Donnerstag ein Beauftragter der deutschtümlichen Angestellter dem Reichspräsidenten eine von über 200 Deutschamerikanischen Vereinen unterzeichnete Huldigungsadresse, die den Wahlspruch Hindenburgs trägt: „Die Treue ist das Mark der Ehre!"

*

Die Königin von Schweden beabsichtigt an einem der nächsten Tage sich nach Baden zu begeben, um ihren Bruder, den früheren Großherzog, zu besuchen.

*

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Staatssekretär und Reichsminister des Innern a. D. Dr. Hugo Preuß, ist gestern nacht gegen drei Uhr im Alter von 65 Jahren einem Schlaganfall erlegen. Dr. Preuß war einer der Verfasser der neuen deutschen Reichsverfassung.

Die Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Reichsminister a. D. Dr. Preuß, findet am 13. Oktober, vormittags 10 Uhr, in der Wandelhalle des preußischen Landtages statt. Im Anschluß an die Feier erfolgt die Einäscherung.

*

Das Oberlandesgericht München verurteilte den Schreibereihilfen Israng von Ludwigshafen wegen Verbrechens der Beihilfe zur versuchten Ausspähung militärischer Geheimnisse zu 2½ Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

*

Die Eisenbahnorganisationen haben der Generaldirektion der Reichsbahn die seinerzeit abgelehnten Forderungen von neuem unterbreitet, unter Hinweis auf das Scheitern der Maßnahmen der Reichsregierung gegen die Teuerung.

Der Verband der Berliner Industriellen stellt eine wiedereingetretene Verschlechterung des Arbeitsmarktes fest und ist zur Neueinlegung von Feierschichten übergegangen. Die Berliner Betriebsräte fordern sofortige Lohn- bzw. Teuerungszulagen von 30 Prozent.

*

In Newyork wurde die 6 Millionendollaranleihe der Rhein-Main-Donau A.-G., die zum Ausbau des großen Kanals dienen soll, zum Kurs von 96 Prozent ausgeleat und sofort überzeichnet. Die Gesellschaft erhält von den Emissionsbankhäusern 89½ Prozent, der Gewinn der Banken beträgt also 6½ Prozent. Man muß sich wundern, daß die Deutschen für die Anleihen in Amerika immer wieder mit so ungünstigen Bedingungen zufrieden sind, trotzdem eigentlich alle bisherigen Anleihen in Amerika überzeichnet wurden, weil man dort Geldanlagemöglichkeiten mit derart großen Vorteilen für den Geldgeber sonst nicht kennt. Vielleicht könnten die deutschen Geldsucher ruhig etwas weniger freigebig sein.

*

Ueber die Rückzahlung der tschechisch-slowakischen Schulden an Amerika wurde ein Abkommen abgeschlossen auf der Grundlage von 115 Millionen Dollar, die innerhalb 62 Jahren zahlbar sind. Die Tschechoslowakei wird während 18 Jahren drei Millionen Dollar jährlich bezahlen. — Die günstigen Bedingungen, die Amerika auch dem Vasallen Frankreichs einräumt, können von jedem Glauben an amerikanische Sympathien für Deutschland kurieren.

*

In einer Besprechung der gestrigen Rede Baldwins drückt die konservative Londoner „Morning Post" ihre Genugtuung über die „Kriegserklärung an die Kommunisten" aus. Die „Westminster Gazette" dagegen erklärt, die Liberalen würden es ablehnen, den neuen Maßnahmen gegen die Kommunisten zuzustimmen. Das Aufruhrgesetz reiche für die Praxis völlig aus.

*

Die Londoner „Daily Mail" schreibt über das Ausbleiben der spanischen Heeresberichte seit dem Fall von Agdir, man müsse auf Berichte von neutraler Seite in Tanger zurückgreifen, wonach Agdir immer noch von Ab del Krim bedroht sei und wonach die Spanier die verzweifeltsten Anstrengungen machten, Agdir zu halten. Die französischen Meldungen lauten sehr siegesgewiß, doch würden die Operationen durch Ueberetreten der Flüsse infolge des Regens erschwert.

*

Die italienische Delegation bei den Verhandlungen zur Regulierung der Schulden an die Vereinigten Staaten, an deren Spitze Finanzminister Volpi steht, wird am 22. Okt. nach Newyork abreisen.

England will die Einigung erzwingen.

Im entscheidenden Stadium.

Von halbamtlicher deutscher Seite verlautet aus Locarno:

Ueber die allgemeine Stimmung, welche den Grad der Möglichkeit positiven oder negativen Ergebnisses widerspiegelt, ein einheitliches Bild zu geben, ist außerordentlich schwierig.

Die übereinstimmende Empfindung, die im übrigen auch mit den tatsächlichen Sachverhalt in diesem Falle weitgehend in Einklang stehen dürfte, geht dahin, daß die Zusammenkunft in diesen Tagen ein sehr wichtiges Stadium durchmacht.

Optimistische und pessimistische Auffassungen wechseln in rascher Folge miteinander, während allerdings die generelle Tendenz auf Seiten der fremden Delegationen vorwiegend hoffnungsvoller ist als bei der deutschen Delegation.

Dieser Optimismus rechtfertigt und erklärt sich vielleicht eher aus der fortschreitenden persönlichen Fühlungnahme als aus bereits erreichten praktischen Ergebnissen der Verhandlungen.

Ueber die privaten Besprechungen verlautet, daß der englische Außenminister Chamberlain gestern dem Reichskanzler Dr. Luther einen Besuch abstattete, den dieser am gleichen Tage erwiderte. Ferner traf Dr Stresemann mit dem tschechischen Außenminister Benesch zusammen, insbesondere aber mit dem französischen Außenminister Briand.

Von deutscher Seite verlautet nichts über den Inhalt und Verlauf der Besprechungen, doch liegen von gegnerischer Seite zwei wichtige Meldungen vor:

Chamberlain drohte mit Abreise.

Der englischen Regierung nahestehende Londoner „Morningpost" meldet über die vorgestrige Besprechung Dr. Stresemanns mit Chamberlain:

Chamberlain hat bei Stresemann zunächst keine Annahme seiner Vermittlungsvorschläge erreichen können. Erst der Hinweis, daß England in diesem Falle seine Delegation abreisen lassen würde, hat das Einlenken des deutschen Außenministers gebracht, wenigstens in eine Erörterung der Vorschläge einzutreten.

Stresemann hat auch in der weiteren Unterhaltung die deutschen Vorbehalte nicht aufgegeben, und der Erfolg der Aussprache liegt in der Zusicherung gemeinsamer Arbeit zwischen der englischen und deutschen Delegation und ihrer Leiter.

Der Ausdruck „Zusicherung gemeinsamer Arbeit zwischen der englischen und deutschen Delegation" ist leider reichlich diplomatisch. Immerhin ist er kaum anders auszulegen, als daß eine spezielle Annäherung Deutschlands und Englands erreicht sei.

Briand wird zuvorkommend.

Dieser Eindruck wird bestätigt durch die ungewöhnlich entgegenkommende Art, mit der die offizielle französische Telegraphenagentur Havas über die gestrige Besprechung Dr. Stresemanns mit Briand berichtet:

Selbstverständlich würde keine Indiskretion das über dieser Begegnung liegende Geheimnis aufdecken können. Man sei daher auf Vermutungen angewiesen.

Wegen des Temperamentes der beiden in Frage kommenden Persönlichkeiten sei kein Zweifel, daß sie sich keineswegs von redaktionellen Kompromissen unterhielten. Das sei vielmehr Aufgabe der Juristen. Die beiden Staatsmänner hätten sicherlich weiterblickend die Gesamtheit der politischen und wirtschaftlichen Fragen behandelt, die nicht nur ihre beiden Länder, sondern ganz Europa interessieren.

Der Weltkrieg habe in der Tat die Organisation Europas in einer Weise umgestoßen, daß man unmöglich Abhilfe schaffen könne ohne die Mitarbeit aller Nationen, die noch an den Folgen des Krieges leiden. Dies gelte um so mehr von den benachbarten Völkern Deutschlands und Frankreichs, deren natürliche Reichtümer und Bedürfnisse sich ergänzen. Diese machtvolle Interessengemeinschaft müsse die beiden Regierungen zu wirtschaftlicher und politischer Solidarität veranlassen.

Auf diesem Gebiet hoher politischer Philosophie hätten Briand und Stresemann sich leicht nähern können. Es handele sich jetzt nur noch darum, ihren gemeinsamen guten Willen in die Wirklichkeit umzusetzen.

— Gewiß soll man die Bedeutung einer so verständigen französischen Aeußerung nicht überschätzen. Aber es wäre ein Fehler, zu übersehen, daß es eine bei den Franzosen bisher nicht beobachtete neue, sachlichere Betrachtungsweise verrät, die so erstaunlich ist, daß man vermuten muß, Chamberlain habe nicht nur auf Dr. Stresemann, sondern auch auf Briand einen Druck ausgeübt.

Die Schwierigkeiten keineswegs überwunden.

Daß die Schwierigkeiten jedoch keineswegs überwunden sind, sondern erst beginnen — wenngleich vielleicht unter englischem Druck etwas zu unseren Gunsten gemildert — ergibt sich aus Erklärungen Chamberlains an die englischen Pressevertreter in Locarno. Er führte nach den üblichen Phrasen des amtlichen Optimismus u. a. aus:

Ich kann nicht sagen, wie lange die Konferenz dauern wird. Wir dürfen aber in den Arbeiten nicht überstürzt vorgehen. Es bestehen noch einige Schwierigkeiten, für die noch keine Lösung gefunden wurde. Ich muß Sie bitten, nicht allzu optimistisch zu sein und nicht zu glauben, daß alles ganz glatt gehen wird.

Vor allem bitte ich Sie, sich mit Geduld zu wappnen und sich nicht über die lange Zeit zu beschweren, deren die Konferenz, um zu endgültigen Lösungen zu kommen, bedürfen wird, und sich auch nicht über die Diskretion zu beklagen, die Ihnen auferlegt wird.

Tschitscherin in Locarno.

Der russische Außenminister Tschitscherin ist aus Berlin abgereist. Tschitscherin hatte vorgestern abend in der Sowjetbotschaft noch am Empfang der deutschen Kommunistenführer teilgenommen. Dem Vernehmen zufolge weilt Tschitscherin bereits als Beobachter der Locarnoer Konferenz auf schweizerischem Boden.

Heute Sitzung des Reichskabinetts.

Wie wir erfahren, ist das Reichskabinett für Sonnabend mittag zu einer Sitzung einberufen worden. Es verlautet, daß ein Bericht der deutschen Delegation aus Locarno eingegangen ist, der eine Besprechung des Reichskabinetts erforderlich macht.

Auch die Maßnahmen gegen die Teuerung werden in diesen Tagen im Kabinett zur Erörterung gelangen müssen, da in Groß-Berlin trotz aller polizeilichen Maßnahmen die Teuerung unausgesetzt und rapid fortschreitet. So kostet heute ein Ei, das noch vor 14 Tagen für 17 Pfennig zu haben war, in Berlin bereits 23 Pfennig.

Kommunistischer Generalstreik in Frankreich?

Gegen die Preisteuerung. — Gegen den Kolonialkrieg.

In den Vorstädten von Paris sind gestern abend drei kommunistische Abgeordnete verhaftet worden, die vor Fabriken Flugblätter verteilten, in denen die bei einem Verkehrsstreik einzunehmende Haltung vorgeschrieben wird. Die Flugschriften enthalten außerdem einen Protest gegen die Teuerung und den Marokkokrieg. Die kommunistische „Humanitee" veröffentlicht den Befehl, heute vormittag 10 Uhr in Paris den Verkehrsstreik zu beginnen. Der Streik soll sich auf die Straßenbahnen und die Autobusse erstrecken. Ob er auch die Hoch- und Untergrundbahnen umfassen wird, bleibt abzuwarten.

Havas berichtet aus Lyon: Die kommunistische Partei hat heute Nacht Plakate anschlagen lassen, in denen die Arbeiter aufgefordert werden, am kommenden Montag einen 24stündigen politischen Streik zu beginnen, gegen die Lebensmittelteuerung und gegen den Krieg in Marokko und Syrien zu protestieren.

Gestern nachmittag fand im Pariser Innenministerium eine Sitzung statt, in der über die für den Fall des Ausbruchs des in diesen Tagen angekündigten Generalstreiks zu treffenden Vorchriftsmaßnahmen beraten wurde. Der Innenminister teilte mit, daß gegen jede Störung der Ruhe und Ordnung aufs strengste vorgegangen würde.

Der Pariser „Intransigeant" berichtet aus Marseille, daß gestern ein Infanteriebataillon nach Syrien eingeschifft worden ist und ein anderes heute dorthin abgehen wird.

Die Moskauer „Iswestija" berichten, daß im Verlaufe des letzten halben Jahres im Gouvernement Rajanj 540 Fälle von Unterschlagungen staatlicher oder kommunaler Mittel durch Sowjetbeamte zu verzeichnen waren. Die Mehrzahl der Unterschlagungen geschah durch Urkundenfälschung.

Das türkische Justizministerium hat den Entschluß gefaßt, dem künftigen türkischen Bürgerlichen Gesetzbuch zugrundezulegen. Der Ausschuß für die Vorbereitung des Strafgesetzbuches hat sich für die Annahme des italienischen Gesetzbuches entschlossen.

Gottgewollte Majoritäten.

Früher sprach man von gottgewollten Autoritäten. Die Revolution hat sie abgeschafft. Dafür gibt es jetzt die gottgewollten Majoritäten. Merkwürdig ist nur, wie sie sich in unserer Republik auswirken, die die Majorität zu ihrem Grundprinzip gemacht hat.

Zählen wir erst einmal die hauptsächlichsten gottgewollten Majoritäten auf:

Da sind zunächst die Frauen, die den Männern gegenüber zweifellos in der Mehrzahl, in der Majorität sind. Dann sind da die Verbraucher, die den Erzeugern gegenüber in der Majorität sind. Dann sind da die Armen und Minderbemittelten den Reichen oder Bemittelten gegenüber in der Majorität, und die Niedrigverdiener den Höherverdienern gegenüber.

Dann die Städter den Landbewohnern gegenüber in der Majorität. Dann die Mieter den Vermietern gegenüber in der Majorität. Dann die Abhängigen — Angestellte, Beamte, Arbeiter, die den Selbständigen gegenüber in der Majorität sind.

Dann auf engerem, politischen Gebiet die Wahlberechtigten (von 20 Jahren aufwärts) gegenüber den Wahlunmündigen; die Nichtbeamteten gegenüber den Beamteten.

Endlich sei auf eine wichtige Menschenklasse hingewiesen, bei der recht zweifelhaft ist, ob sie Majorität oder Minorität ist: die Nichtsteuerzahler (Ehefrauen, Kinder, Steuerbefreite, Steuerschwindler) gegenüber den Steuerzahlern. Eine klare Steuermajorität ist nur die der Niedrigbesteuerten gegenüber den Hochbesteuerten.

*

In der Republik soll die Majorität entscheiden. Das würde also auf Grund der obigen gottgewollten Majoritäten eine Politik gegen die Männer, gegen die Kinder und Minderjährigen, gegen die Produzenten, gegen die Wohlhabenden und Hochverdiener, gegen die Landleute, gegen die Hausbesitzer gegen die Selbständigen (Unternehmer und freien Berufe), gegen die Wahlunmündigen, gegen die Beamten ergeben.

Ob wohl die Republikbegeisterten, als sie die alten „gottgewollten Autoritäten" stürzten und die Majorität auf den Thron setzten, an all diese und so manche andere „gottgewollte Majoritäten" und ihre Auswirkung in der neuen Majoritätspolitik auch nur gedacht haben? Ich möchte es bezweifeln.

Man stelle sich einmal vor, die Republik machte wirklich ernst mit ihrem „Majoritätsprinzip" und triebe wirklich die obige Politik: es wäre die Selbstvernichtung, der Selbstmord des Staates und Volkes.

Denn wer ist das schaffende Element im Staate, ist der Staatsversorger und Staatserhalter? Die Minorität. Nämlich: der Mann, der Produzent, der Hochverdiener und Vermögensammler, der Häuserbauer, der Unternehmende und Freie und schließlich der Beamte. Nur zwei Minoritäten scheiden hier aus: die Landleute und die Minderjährigen. Und doch ist auch das nur Schein: denn die Landleute liefern das gesunde Volk, die Volksgesundheit, und sind in der nahen Zukunft des Zusammenbruchs des Weltexportindustriezeitalters auch die wirtschaftliche Hauptstütze des Volkes. Und die Kinder und die heranwachsende Jugend sind das werdende Staatsvolk.

Wollte die Republik wirkliche Majoritätenpolitik treiben, wie es ihr Grundprinzip verlangt, so wäre das der Ruin:

„Der Staat muß untergehn spät oder früh,
Wo Mehrheit siegt und Unverstand entscheidet."

Wozu als Ergänzung ausgezeichnet jener andere Schillersche Vers paßt:

„Jeder, sieht man ihn einzeln, ist leidlich klug und verständig,
Sind sie in corpore, gleich wird euch ein Dummkopf daraus."

*

Zum Glück für ein Volk, das mit einer Majoritätsrepublik gesegnet ist, gibt es nichts Prinzipienloseres als eben die Majoritätsrepublik. In Wirklichkeit entscheidet in ihr gar nicht die Majorität, und es wird infolgedessen auch die brutale Folge das Majoritätsprinzip wenigstens teilweise gemindert: die Niederstimmung und Entrechtung der Minoritäten, d. h. der eigentlich Staatserhaltenden und Wertvollen. Statt der Majorität entscheidet in der sogenannten Majoritätsrepublik — die Organisation: Wer am besten organisiert, am geschicktesten, am energischsten, aber auch am brutalsten und hemmungslosesten, rücksichtslosesten ist, der entscheidet in der Republik.

Das hat vielleicht in einem Minoritätsfalle sein Gutes: daß nicht die Majorität der Frauen und Kinder, sondern der organisatorisch befähigtere, der produktivere, vorwärtsdrängende Mann regiert. Obgleich das auf lange Sicht nicht einmal unbedingt segensreich ist, da es mit den Vorzügen des Mannes auch all seine Fehler, insbesondere seine Streitlust zur Herrschaft bringt —, dürfte es beinahe der einzig segensreiche Fall der-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19251011018/fragment/page=0001

Minoritätsherrschaft in der angeblichen Majoritäts- und tatsächlichen Organisations-Republik sein.

Im übrigen sehe man nur einmal um sich, wohin das herrschende Organisationsprinzip geführt hat: der ruhig, stetig schaffende, aufbauende und sammelnde Bürger wird verdrängt, der solide, rücksichtsvolle, geistig und seelisch hochstehende, wahrhaft soziale wird unterdrückt. Der brutale Erpresser und Ausbeuterinstinkt, der alle gegenseitigen Bindungen zerfleischende, zu schließlicher Anarchie führende schrankenlose Egoismus siegt über Gemeingeist und Staat.

Wenn man die Majorität zum Prinzip erhebt, das selbstgewählte Prinzip aber in fast allen Fällen fälscht zugunsten hemmungsloser, dabei vielfach zufälliger und immer wechselnder Organisationsgebilde: kann man sich da wundern, wenn dieser Staat nach außen ohne Kraft, wenn er innerlich in wilde Klassen- und Parteikämpfe zerrissen ist, wenn er wirtschaftlich, kulturell und moralisch zurückgeht, mit einem Wort, wenn das von Organisationen und Organisatoren hin- und hergehetzte und ausgebeutete Volk immer mehr verelendet?

*

Das Ergebnis der Vergewaltigung der Minoritäten: der Vermögens-, Nahrungs-, Wohnungsmangel, Beamtennot, Charakter- und Kulturlosigkeit usw. — und der Vergewaltigung der Majoritäten: Unselbständigmachung und Ausnutzung usw. sowie Frauen-, Kinder- und Bildungsnot — all das äußere und innere Elend, das uns heute Seelenfrieden und Lebensfreude raubt, ist nur die Folge der inneren Unwahrhaftigkeit des jetzigen Staatswesens, das das verfehlte Majoritätsprinzip zum Grundsatz erhoben hat und auch diesen Grundsatz noch verfälscht durch das Organisationsprinzip.

Aber je größer das materielle und kulturelle Elend wird, desto sicherer kommt die Zeit, wo dem heutigen falschen Majoritätsprinzip und dem gottnichtgewollten Organisationsprinzip zum Trotz die größte, fast das ganze Volk umfassende Majorität sich wieder durchsetzt, die so überragend ist, daß sie unserm deutschen Volkscharakter gegenüber den Charakter anderer Völker bestimmt: die Majorität des fleißigen, gründlichen, fürsorglich die Zukunft bedenkenden, redlich schaffenden, aufrichtigen und aufrechten deutschen Menschen.

Früher oder später kommt der Volkscharakter, die echte deutsche Majorität wieder zum Durchbruch. Auf diese wahrhaft gottgewollte Majorität wollen wir hoffen, für sie wollen wir wirken. Dann kommt auch wieder bessere Zeit.

Dr. Else.

Notstandsbeihilfen an Beamte

hatte die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtags in einer Kleinen Anfrage zur Sprache gebracht, daß auf einen Erlaß des Reichsfinanzministers hin die Erträgnisse aus privater Versicherung bei den Notstandsbeihilfen angegeben und berücksichtigt werden sollten, während vordem ausdrücklich bestimmt worden sei, daß [illegible] nisse aus privaten Einrichtungen nicht in Betracht zu ziehen wären.

Der Preußische Finanzminister legt jedoch in seiner Antwort ausführlich dar, daß beim Eintritt eines Notstandsfalles die privatversicherten Beamten gegenüber den nichtversicherten noch immer im Vorteil seien. Die Anrechnung der Versicherungsleistungen erfolge nämlich nur insoweit, als sie zuzüglich der Notstandsbeihilfe die dem Beamten tatsächlich entstandenen beihilfefähigen Unkosten übersteigen. Außerdem erwerben die Beamten durch die Zahlung von Krankenkassenbeiträgen auch einen rechtlichen Anspruch auf die Leistungen der Versicherung.

Milch aus Moor.

Auf der englischen landwirtschaftlichen Jahresausstellung wurde eine Kuh gezeigt, die nach dem Bericht der Deutschen Bergwerkszeitung täglich 63 Liter Milch liefert.

Im allgemeinen ist schon eine Kuh, die sofort nach dem Abkalben 30 Liter gibt, eine Sehenswürdigkeit. Immerhin zeigen diese Beispiele, was auf dem Gebiete der Züchtung noch zu leisten ist. Eine deutsche Durchschnittskuh erzeugt nur 1800 Liter Milch im Jahr oder 5 Liter am Tag. Wenn man diese niedrige Durchschnittsleistung nur auf den Durchschnittsertrag von 3600 Liter je Kuh bringt, den z. B. der ostpreußische Herdbuchverband von seinen 50 000 Kühen im Durchschnitt erzielt, so würde man die deutsche Milcherzeugung verdoppeln.

Dabei ist dieses Ziel noch gar nicht allzu hoch gesteckt, findet man doch schon heute Hochzuchtgebiete mit 4000 bis 5000 Liter durchschnittlichem Milchertrag. Bei uns in der Provinz Sachsen kann man derartiges nicht ganz selten finden, z. B. in einzelnen Abmelkstätten des Saalkreises oder in den Wirtschaften von Oberamtmann Wentzel, Teutschenthal-Salzmünde. Die nach dem Kriege zu Tausenden aufgeblühten Kontrollvereine sind im besten Zuge, durch Leistungsprüfung und Ausmerzung aller minderwertigen Rinder uns diesem erstrebenswerten Ziel mit den Jahren immer näher zu bringen.

Hand in Hand hiermit arbeiten die mächtig aufstrebenden Grünlandvereine, um durch Verbesserung der in Friedenszeiten, als das Kraftfutter massenweise und billig aus dem Auslande hereinkam, arg vernachlässigten Wiesen und Weiden neben der Leistungsfähigkeit auch die Zahl der vorhandenen Rinder erheblich steigern zu können.

Durch ausgiebige Düngung, zumal mit Stickstoffen, der hierzu bislang nur spärlich verwandt wurde, hofft man auch den Ertrag der meisten Wiesen aufs Doppelte steigern zu können. Dann kann man den Großviehbestand um 4 Millionen Stück vermehren und dabei besser ernähren als bisher.

Nochmals der gleichen Menge Rindvieh könnte das heute noch brachliegende Moor- und Heideland Nahrung geben, zumal Moorwiesen nach erfolgter Entwässerung unseren besten Marschwiesen in nichts nachstehen. Allein Preußen weist eine Fläche von 3 Millionen Hektar Oedland auf, dessen Urbarmachung man jetzt tatkräftig und großzügig in Angriff genommen hat. Nicht weniger als eine Million Bauernfamilien könnte man hier ansiedeln. Sie könnten aus dem schwarzen Moore den deutschen Kindern weiße Milch hervorheben.

Zur Preissenkungsaktion.

Am Freitag fand im Reichswirtschaftsministerium eine eingehende Aussprache über das Zusammenwirken von Reichs- und Landesregierungen auf dem Gesamtgebiet der Preissenkung statt.

Die Landesregierungen ließen erneut zum Ausdruck bringen, daß sie die Bestrebungen der Reichsregierung nachdrücklichst und in jeder Hinsicht zu unterstützen bereit sind. Alle durch die Gesetze gegebenen Mittel sollen zur Erreichung der Ziele der Reichsregierung eingesetzt werden. Es wurden Richtlinien für die Zusammenarbeit zwischen Reich und Ländern erörtert, die den Landesregierungen als Rundschreiben der beiden Wirtschaftsressorts des Reichs noch schriftlich zugeleitet werden.

Die Meinung war vorherrschend, daß für die Aufhebung der notwirtschaftlichen Gesetzgebung der augenblickliche Zeitpunkt angezeignet sei. Es bestand Einigkeit darüber, daß die zur Erfüllung der staatlichen Aufgaben auf dem Gebiete des Preis- und Kartellwesens geschaffenen Stellen, die die Vorgänge auf diesen Gebieten beobachten und Mißständen schnell und wirksam entgegentreten sollen, arbeitsfähig erhalten werden müssen.

Grundsätzlich sprachen sich die Vertreter für die Beseitigung aller Preisbindungen durch Verbände oder durch einzelne Unternehmungen, insbesondere derjenigen Bindungen aus, die die Preisstellung der nachfolgenden Wirtschaftsstufen beschränken.

Allgemein und mit besonderem Nachdruck wurde die Beseitigung der Mißstände in der Preisgebahrung der örtlichen Kohlenhändlerverbände und die Beseitigung des diesen Preisfestsetzungen von den Syndikaten, insbesondere den Braunkohlensyndikaten durch Sperrmaßnahmen gewährten Preisschutzes verlangt.

Es kam ferner zur Sprache, daß von Innungen, u. a. von Zwangsinnungen, aufgestellte Richtpreise unter den gegebenen Verhältnissen in der Praxis als Preisbindungen wirken. Das Recht zur Festsetzung von Richtpreisen werde vielfach mißbraucht und führe zu überhöhten Forderungen einzelner Kreise des Handwerks, ein Zustand, dessen man nur durch Beseitigung dieses Rechts Herr werden könne. Gesetzliche Maßnahmen zur Beseitigung der vorerwähnten Mißstände wurden gefordert.

Dieser ersten Aussprache werden weitere Besprechungen mit den Landesregierungen folgen, um einen regen Gedanken- und Erfahrungsaustausch, sowie ein wirksames Zusammenarbeiten aller Stellen zu sichern.

Pensions- und Unfallfürsorge für die Schupo.

Der Beamtenausschuß des Preußischen Landtags verhandelte über Anträge auf Regelung der Pensionsansprüche und der Unfallfürsorge für die Schutzpolizeibeamten.

Bezüglich der Pensionsansprüche wurde von Regierungsseite erklärt, daß eine Regelung hier erst erfolgen könne, wenn man nach den Verhandlungen der Interalliierten Kommission und nach Abschluß des Sicherheitspaktes klar sehen könnte, wie die Rechtsverhältnisse der Schutzpolizei sich gestalten würden. Hier sei auch ein Einvernehmen mit dem Reiche erforderlich. Der Ausschuß setzte mit Rücksicht auf diese Erklärung die weitere Beratung der Pensionsangelegenheit aus.

Bei Besprechung der Unfallfürsorge wurde von Regierungsseite erklärt, daß auch dem Ministerium die zahlreichen Klagen über ungenügende Versorgung bekannt seien und zum Teil als berechtigt anerkannt würden. Durch Erlaß vom Februar d. J. sei die Einschränkung fortgefallen, daß der Unfall sich bei Unruhen ereignet haben müsse. Was die allgemeine Regelung angehe, so sei man in bezug auf die nicht lebenslänglich angestellten Beamten durch das Reichsrahmengesetz für die Schupo gebunden. Freie Hand dagegen habe man bei den lebenslänglich angestellten Beamten und den Beamten der Landjägerei. Hier werde durch Verhandlungen mit dem Reiche schon seit längerer Zeit eine Regelung vorbereitet und es sei eine Einheitlichkeit in der ganzen Gesetzgebung erwünscht.

Nach kurzer Debatte fand ein Antrag Annahme, der das Staatsministerium ersucht, dem Landtag mit Beschleunigung einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Unfallfürsorge für die Beamten der Polizei und der Landjägerei einheitlich regelt.

Polizeistrafen wegen Gottesdienstes

Infolge der Abwanderung ist in einzelnen Gemeinden Polens die Zahl der evangelischen Gemeindemitglieder und der Geistlichen so stark zusammengeschmolzen, daß viele Kirchengemeinden von einem gemeinsamen Geistlichen versorgt werden. Manche Gemeinden müssen sich infolgedessen damit begnügen, da sie oft 10 bis 20 Kilometer vom Pfarrorte entfernt liegen, daß der Gottesdienst im Freien abgehalten wird.

Ein solcher Außengottesdienst fand auch in der Gemeinde Obornik statt. Die Polizeibehörde aber betrachtete diesen Gottesdienst als eine unangemeldete öffentliche Versammlung und verhängte eine Geldstrafe von je 30 Zloty über den Pfarrer der Gemeinde, den Besitzer des Grundstücks und das junge Mädchen, das den Kollektenteller gehalten hatte.

— Man sieht, die Deutschenverfolgung der Polen nimmt trotz der Versöhnungskonferenz in Locarno immer empörendere Formen an.

Italiens neue Verfassung.

(Von unserer Berliner Vertretung.)

Ein Mitglied der italienischen Botschaft zu Berlin gab uns einen Ueberblick über die bevorstehende Verfassungsänderung in Italien. Der Diplomat führte aus, in der neuen Verfassung werde Mussolini mit einem Federstrich gordische Knoten lösen, vor denen bisher jede Regierung zurückgeschreckt sei.

Das Wichtigste ist folgendes: Sämtliche Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände werden in nur je einer Organisation zusammengefaßt. Verfassungsmäßig soll eine faschistische Gewerkschaft der Arbeitnehmer und ein Verband der industriellen Arbeitgeber ins Leben gerufen werden. Die Verfassung wird zur Einsetzung amtlicher Schiedsgerichte die Grundlage geben, die vor Aussperrungen und Streiks obligatorisch in Tätigkeit treten werden.

Aussperrungen und Streiks fallen unter das Strafrecht.

Ebenfalls als Verbrechen geahndet werden Streiks der Beamtenschaft und solche aus politischen Gründen. Sämtliche Gewerkschaften werden vom Staate kontrolliert.

Das Parlament wird die Verfassungsänderung billigen, der König diese unterzeichnen. Der Verfassungsrechtliche Umsturz — um etwas anderes handelt es sich hier nicht — wird voraussichtlich in völliger Ruhe und Ordnung vor sich gehen. Die Opposition werde sich wohl ganz auflösen. Faschismus und Regierung seien mehr und mehr einunddasselbe. Aenderungen im Kabinett dürfte die Verfassungsrevolution nicht nach sich ziehen; Mussolinis Stellung sei fester denn je zuvor.

Interessant ist die Feststellung, daß der Vatikan die Verfassungsänderung gleich einem faschistischen Monopol wertet, gegen das er sich ebenso scharf wendet, wie ehedem gegen zu starke sozialistische Bestrebungen.

Aus Marokko.

Wie der „Intransigeant" mitteilt, ist der Kreuzer Paris von Marokko kommend, geltern sehr beschädigt in Marseille eingelaufen. Im Verlaufe der militärischen Operationen hat er etwa 15 Granattreffer erhalten und muß in Reparatur gehen.

Nach Pariser Meldungen aus Tanger, setzten die Rifleute die am 30. September begonnene Beschießung von Tetuan fort. Seit einigen Tagen ist das Feuer des schweren Geschützes auf den Wohnsitz des Oberkommissars gerichtet. Die spanischen Offiziere und Beamten schickten ihre Familien nach Zeuta oder nach Spanien.

Die Londoner „Times" melden die Ankunft des amerikanischen Großbankiers Morgan in London. Man vermutet, daß sein Besuch außer mit Anleihewünschen verschiedener europäischer Staaten mit der Konferenz in Locarno zusammenhängt. Bekanntlich war auch auf der Londoner Talwesskonferenz des vergangenen Jahres das Haus Morgan sehr eifrig hinter den Kulissen tätig.

Auf der Eisenbahnlinie Biserta—Tunis (Französisch-Nordafrika) ist ein Teil des Schienenstranges weggeschleppt worden. Ein durchfahrender Zug entgleiste und stürzte um. Einige Personen sind leicht verletzt worden. — Man sieht, daß es auch im Rücken der französischen Marokkofront nicht ganz geheuer ist.

Die Königin des Opernrepertoires.

Allerlei von der Carmen.

Von Eg. Wilh. Rapp.

Heute gibt es kaum einen Opernfreund, der die „Carmen" nicht gesehen hätte. Die charakteristische kurze, schmissige Ouvertüre, die vielfarbig buntbewegten Volksszenen mit dem Pulsschlag des glühenden Südens, dem Soldaten- und Schmugglerleben, der feßliche Einzug der Toreadore, der der Phantasie des Zuschauers die Sensation eines Stierkampfes vorgaukelt, sind unvoreingenommenheitliche Reize für das Gros der Theaterbesucher, während die feiner Empfindenden die zarte Farbengebung der Bizetschen Musik entzückt.

Die Carmen ist allerdings eine Bravourpartie gesellschaftlicher Primadonnen gewesen. Viele von ihnen haben die Partie falsch, zu äußerlich aufgefaßt, und die meisten haben sie in ihrer Schwierigkeit bedeutend unterschätzt. Eine blauschwarze Perücke, mandelförmige dunkle Augen, dicke Ohrringe, die Blume im Haar und ein Seidenschal machen eine Südländerin, aber noch keine Carmen. Ich erinnere mich einer Carmenaufführung an einer sonst gepflegten Bühne, in der die Carmen direkt häßlich war, und das Publikum die Verliebtheit in die Vogelscheuche nicht tragisch, sondern ulkig fand. Man muß bedenken, was der arme Don José dieser blinden Liebe alles opfert, und wie außerordentlich bestrickend darum die Carmen sein muß.

Die äußeren Blendwirkungen einer Carmenaufführung lassen die meisten Zuschauer das soziale Problem ganz übersehen, auf dem sich das einem französischen Roman nachgeschaffene Textbuch aufbaut. Es ist trotz alles großen Schwunges in der Musik ein naturalistisches Drama kleinerer Leute, eine Tragödie der Fabrikarbeiterin und des Soldaten, wie sie im Leben hundertmal vorkommt. Daß die äußerlichende Wirkung im Zuschauer das Nachdenken über die problematischen Gedanken abtötet, daran ist in den meisten Fällen neben dem Stil der Aufführung die Eitelkeit der Carmen mit schuld. Einen Seidenschawl, der in Spanien eine Art Kleidungsstück ist, auch in kleineren Kreisen, kann man sich noch gefallen lassen; aber schwere Brillantringe, Ohrgehänge im Werte von Vermögen, Brüsseler Spitzen und der von vielen Cartellerinnen geliebte Wust von Schmuckgegenständen sind doch nicht die Merkmale einer Zigeunerin.

Wenn die Carmen aufgeputzt ist wie eine Millenbesterin aus dem Grunewald, ist bei dem urteilsfähigen Zuschauer Stil und Illusion zum Teufel. Sie soll in bunten Lumpen daherkommen, meinetwegen mit etwas Flitter und geschmacklosem Tand, dem man die Unechtheit sofort ansehen soll.

In einer Carmenaufführung an einem ganz bekannten deutschen Theater erlebte man vor Jahren (im Krieg) eine heitere Episode: der liebe Don José hatte in der Eile seines Auftretens den Helm verkehrt aufgesetzt, nämlich zu weit nach links; durch Gelten in der Kulisse wollte man ihn aufmerksam machen; als er hilflos in die Kulisse starrte, den Wink falsch verstand und den Helm nun wieder zu weit nach rechts schob, bemerkte auch der weniger erfahrene Zuschauer den Irrtum, und die Leute fingen an zu lachen. Die transvoßhaften Winke aus der Kulisse wurden in der Verzweiflung von den armen José wieder falsch verstanden, und als er fühlte, daß die Vorderseite des Helms nun nach hinten saß, warf er über dem Singen den Helm zornentflammt gegen den Prospekt, aber zu wuchtig, so daß halb Sevilla entlärvte, wie bei einem Erdbeben. Nun lachte alles hell heraus, die Stimmung war futsch.

Bekanntlich läßt sich die deutsche Uebersetzung des Toreroliedes auf die Noten der Originalmelodie nicht verteilen, ohne daß Silbenzerrungen entstehen, was sich meist etwas parodistisch anhört wie etwa:

Auf in den Kampf, Torehehehero!

Weit schöner klingt er in der italienischen Fassung, wo die Silben mit den Noten restlos aufgehen:

Nella battone, Toreadore!

Auch sonst eignet sich der Text zur klangvollen Uebersetzung nur wenig, so daß man wiederholt in Deutschland, besonders bei Gastspielen den italienischen Originaltext vorgezogen hat.

Die Carmen hat ein Vermögen eingebracht, aber wie es den meisten Künstlern gegangen ist, nicht ihrem Schöpfer, sondern seinem Verleger. Nicht einmal den künstlerischen Erfolg hat Bizet selbst noch erlebt, er wurde auch nur 38 Jahre alt. Die Oper, sein Lebenswerk, fiel bei der Uraufführung mit Pauken und Trompeten durch. Daran war aber sie nicht schuld, sondern das Pariser Theaterpublikum, dem Stücke nicht gefielen, wenn sie nicht mit grandiosem Pomp aufgezogen waren. Heute ist die Carmen die Königin des gesamten Opernrepertoirs.

Conrad Ferdinand Meyer.

Zum 100. Geburtstag am 11. Oktober.

Von Studienrat G. Wernecke-Dortmund.

Vor hundert Jahren wurde in Zürich zum Licht geboren einer der größten deutschen Novellisten, ein großer Lyriker, ein Mensch von einprägsamer Eigenart und Bedeutung: Conrad Ferdinand Meyer.

Wuchtig, massiv Rumpf und Haupt, überspielt von Lichtern feinster Geistigkeit, etwa einem jovialen ländlichen Kreisphysikus vergleichbar, so zeigt ihn das bekannte Konterfei. Aus schweren Jugendzeiten, schweizerisch holzgehauen in aller Eckigkeit, allerhand Anlage und Erlebnis nicht immer sieghaft überwindend, tritt er in reifem Mannesalter auf den geistigen Kampfplatz, erst im deutschen Siegerjahr 1870 ganz deutschen Wesens und deutscher Bestimmung bewußt geworden.

Stofflich und psychologisch umfängt und umwittert ihn die Luft der Renaissance, als müßte Luft und Inbrunst des Schaffens sich in genügender Ort- und Zeitdistanz entladen. Eine stolze Reihe festgebauter Novellen; denn zu dieser Gattung erweitert sich die kleinste, vereint sich die größte Anlage: „Jürg Jenatsch", „Der Heilige", „Die Hochzeit des Mönchs", „Die Versuchung des Pescara", „Angela Borgia".

Klar und absolut, gepreßt und rund sind Menschen und Verhältnisse hingestellt, ohne romantisches oder aufdringlich altertümliches Trumberum. Ihr Stil reiht jene berufene Romanart, die nicht Geschichte noch Dichtung sein konnte.

Das ist ein Hauptverdienst C. F. Meyers — wenn man ihm eine formale Aufgabe und Leistung zuschieben will — daß es in der deutschen Literatur seit seinem Schaffen nicht mehr möglich sein wird, mehr oder weniger schönes Geschreibsel mit Aufputz von hitzerischen Zahlen und Namen in irgendwelchen Kostümen und Archaismen für geschichtliche Dichtung auszugeben.

Unser Poet ist einer der Schöpfer des sogenannten poetischen Realismus, er hat neben seinem großen Landsmann Gottfried Keller, nach Fr. Th. Vischers Wort: „das Ideale in den Grundgrund der unerbittlichen Lebenswahrheit" gesenkt.

Die granitne Schwere der Irdischkeit und der Glanzhauch des Himmlischen darüberhin, das Firnelicht, das große, stille Leuchten über dem Leben, — wie heiß errungen und streng bewahrt solch polarisches Lichterleben ist, das lehrt besser als die leibhaftigst ruhende Epik die noch flutende ebbende Gemütsstimmung der Lyrik. Da bebt noch das blühende Fleisch ewiger Jugend eines wahren Dichters unter kühler Marmorglätte der Form, da glüht noch das flüssige Erz unter den kunstvoll gehärteten Zieraten aus bewußter Schönferhand.

Wenn auch bei großen Menschen Klassenbildung und Vergleich leicht herabsetzend wirkt, so liegt in der beliebten, frei nach Goethe — Schiller, Hebbel—Ludwig, Mozart—Beethoven, gebildeten Assoziation Keller—Meyer doch mancher fruchtbare Gewinn.

Freilich muß jeder selber den Vergleich ziehen, und was auch das Ergebnis sei: Natur und Kunst, Nähe und Weite, naives und sentimentales Verhalten, Intuition und Diskursivität, unbekümmerte Derbheit und mimosenhafte Feinheit, Wagen und Wägen — im tiefsten Sinne bezeichnen alle diese Worte unfaßbare, weil vom Gesamtwesen untrennbare Züge.

Wie Bäume aus gleichen Erdengrund, in demselben Sturm- und Sonnenwetter mancherlei Wattwerf und Blüte treiben, so offenbaren etlich selbständige Künstler, demselben Heimatgrund entsprossen, verschiedene Welt- und Menschenbilder; und wer da will, mag Gottfried Keller mit einer knorrigen Eiche vergleichen, in deren Astwerk possierliche Eichhörnchen, schnurriges Käzzeug, lustige Gimpel nicht fehlen, — Conrad Ferdinand Meyer möchte dann eine schwere und doch seltsame Ulme sein, mit Efeu und Reben umhangen.

Prof. Felix Liebermann gestorben. Der Historiker Prof. Felix Liebermann, der Bruder des Malers Max Liebermann, der Dienstag in Berlin von einer Kraftdroschke überfahren worden war, ist Donnerstag den erlittenen Verletzungen erlegen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19251011018/fragment/page=0002